

Berlin, 08.03.2006

03/2006

Beim Endlager „Schacht Konrad“ muss es jetzt weitergehen

Das Deutsche Atomforum begrüßt ausdrücklich die heutige Abweisung der Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss für das Endlager „Schacht Konrad“ durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg. „Damit ist der Planfeststellungsbeschluss des niedersächsischen Umweltministeriums aus dem Jahr 2002 in allen Punkten bestätigt.“, kommentierte Dr. Walter Hohlefelder, Präsident des Deutschen Atomforums, das Urteil. Um diese gerichtliche Klärung im Hauptsacheverfahren abzuwarten, hatten sich Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen in der Vereinbarung vom 11. Juni 2001 darauf verständigt, dass der Bund seinen Antrag auf sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses zurücknimmt. „Jetzt muss es mit ‚Schacht Konrad‘ endlich weitergehen. Bei einem zügigen Ausbau des Endlagers könnte mit der Einlagerung etwa im Jahr 2013 begonnen werden.“, erklärte Hohlefelder.

„Mit dem nun möglichen Ausbau des Endlagers ‚Schacht Konrad‘ kann eine wesentliche Komponente des im internationalen Vergleich weit vorangeschrittenen deutschen Entsorgungskonzeptes umgesetzt werden.“, so Hohlefelder weiter. Das ehemalige Eisenerz-Bergwerk „Schacht Konrad“ bei Salzgitter ist als Endlager für rund 300.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle genehmigt. Es wird ca. 85 % aller radioaktiven Abfälle in Deutschland aufnehmen. Hiervon werden langfristig zwei Drittel von den Energieversorgungsunternehmen kommen. Ein Großteil der derzeit vorhandenen Abfälle entstammt jedoch dem Bereich der „öffentlichen Hand“, wie z. B. der Forschung oder der Medizin.

Die Erkundung des Salzstockes Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle ist derzeit unterbrochen. Allerdings stehen weder die seit Dezember 2005 vorliegenden Gutachten zu den methodisch-konzeptionellen und sicherheitstechnischen Fragen noch die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignung des Salzstockes Gorleben entgegen. Zudem ist die Entsorgungsfrage rein technisch bereits heute gelöst. „Da die in der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen dargestellten Zweifel am Salzstock Gorleben ausgeräumt sind, gilt es, die ergebnisoffene Erkundung dort möglichst schnell abzuschließen, um auch endgültige Klarheit über diesen Standort zu schaffen.“, sagte Hohlefelder.

Pressekontakt:
Christian Wößner
Tel.: 030 498555-20
www.kernenergie.de